

10. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 15. Oktober 1948.

263/J

A n f r a g e

der Abg. Richard W o l f, W i m b e r g e r, L a g g e r, Dr. N e u g e -
b a u e r und Genossen

an den Bundesminister für Unterricht,

betreffend die Kanzleihilfskräfte der Bezirksschulinspektoren.

-.--.-

Den Bezirksschulinspektoren wurden die bisher zugeteilten Kanzlei-
hilfskräfte entzogen oder zum Teil entzogen, obwohl die Bezirksschulräte
ohne Zweifel Bundesbehörden sind, was schon aus der eindeutigen Stellung der
Bezirksschulinspektoren als unmittelbare Organe des Bundesministeriums für
Unterricht hervorgeht. Diese Kanzleihilfskräfte sind zur ordentlichen Ge-
schäftsführung schon immer notwendig gewesen, sind es jetzt aber umso mehr,
da die Zahl der Schulen und Schulklassen zugenommen hat und der Stand an Lehr-
personen grösser geworden ist. Ausserdem fallen bei Neuordnung des Schulwesens
ausserordentlich viele Akten an, es sind Erhebungen und Ausfertigungen, Neu-
anlagen der Personalakten usw. notwendig. Soll der Bezirksschulinspektor diese
Arbeiten leisten, dann wird er seinem eigentlichen Arbeitsgebiete der päd-
agogisch-didaktischen Überwachung des Schulwesens entzogen. Die Beziehung von
Lehrpersonen wird sich nicht bewähren, da diese Lehrkräfte nur vorübergehend
und ohne genügende Kanzleierfahrung tätig sein würden und ausserdem keine
Ersparnis erzielt wird. Ausserdem würde die stellenplanmässige Verwendung der
Lehrkräfte gefährdet. Durch den Entzug der Kanzleihilfskräfte ist eine schä-
dliche Lähmung im niederen Schulwesen eingetreten.

Der Versuch, die Bestellung dieser Hilfskräfte ganz oder teilweise
den Ländern anzulasten, stösst auf den entschiedenen Widerstand der Landes-
verwaltungen, da der Bezirksschulinspektor, für dessen Wirken diese Hilfs-
kräfte notwendig sind, Bundesbeamter ist.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundes-
minister für Unterricht die nachstehende

A n f r a g e :

1. Ist dem Herrn Bundesminister für Unterricht dieser Übelstand bekannt?
2. In welcher Weise gedenkt der Herr Bundesminister Abhilfe zu schaffen?

-.--.-